

GRÜNE

## Freibetrag statt Ehegattensplitting

Führende Politikerinnen der Grünen wollen das Ehegattensplitting reformieren. Es soll durch eine Regelung ersetzt werden, wonach nichtberufstätige Ehepartner nur noch einen steuerfreien Grundfreibetrag von 8004 Euro im Jahr geltend machen können. Für dieses Existenzminimum müsste der arbeitende Ehepartner keine Steuern zahlen. Der bisherige Splittingvorteil ist gerade für Alleinverdiener-Ehen mit hohen Einkommen erheblich größer. Die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ekin Deligöz und Kerstin Andreae wollen mit dem Vorschlag eine Alternative zum geltenden Splitting schaffen, das zu Unrecht das „Label Familienförderung“ trage. Rund 40 Prozent der vom Splitting profitierenden Paare hätten keine unterhaltsberechtigten Kinder, während zugleich 3,2 Millionen minderjährige Kinder bei Eltern ohne Trauschein lebten. Die „Gleichsetzung von Ehe und Elternschaft geht aber längst an der gesellschaftlichen Realität vorbei“, schreiben die Parlamentarierinnen in ihrem Papier. Für „langjährige, heute ältere Ehepaare“, die ihr „Lebenskonzept auf das Ehegattensplitting eingestellt haben“, wollen sie jedoch nach Übergangslösungen suchen.



Deligöz, Andreae

RECHTSEXTREMISTEN

## Nazis bedrohen Reservisten

In Sachsen haben Neonazis Mitglieder des Reservisten-Verbands der Bundeswehr bedroht. Die Rechtsextremisten hätten die Verbandsangehörigen mit Telefonanrufen terrorisiert und deren Fahrzeuge beschmiert, berichten Mitglieder. Dem Präsidenten des Reservisten-Verbands, Roderich Kiesewetter, drohten Rechtsextremisten in E-Mails mit

Sachbeschädigung, falls er von seiner Politik nicht abweiche. „Davon lasse ich mich nicht entmutigen“, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete, „das bestärkt mich in meiner Haltung.“ Der Reservisten-Verband geht seit einiger Zeit massiv gegen Rechtsextreme in den eigenen Reihen vor. In den vergangenen sechs Jahren hat er 57 NPD-Mitglieder und andere Rechtsextremisten ausgeschlossen, darunter etliche aus Sachsen. Aus Angst vor Repressalien und Schikanen der Neonazis finden sich dort deshalb derzeit keine Juristen, die sich für das verbandsinterne Landesschiedsgericht aufstellen lassen wollen.



Missbrauchsbeauftragter Ackermann

KATHOLIKEN

## Fledermäuse im Weihwasserkrug

Gegen den Missbrauchsbeauftragten der Deutschen Bischofskonferenz, Stephan Ackermann, gibt es neue Vorwürfe. Nachdem bekannt worden war, dass Ackermann in seinem eigenen Bistum pädophile Pfarrer als Seelsorger beschäftigt (SPIEGEL 12/2012), werfen nun zwei Pfarrer aus dem saarländischen Ort Köllerbach dem Trierer Bischof und dessen Ordinariat „Vertuschung statt Aufklärung“ vor. Die beiden Geistlichen hatten 2010 von mehreren Verdachtsfällen sexueller Gewalt in der Köllerbacher Gemeinde St. Martin erfahren und daraufhin unverzüglich die Bistumsleitung informiert. Statt der erhofften Aufklärung wurden in einem Schreiben im Auftrag der Bistumsleitung die von Pater Klaus Gorges innerkirchlich gemeldeten Vorfälle in Köllerbach lediglich als „Gerüchte“ bezeichnet, „die sich nicht erhärtet“ hätten. Dabei hatten Zeugen auch gegenüber dem Priester Guido Ittmann die Vorfälle bestätigt. Ittmann und ein

Opfer stellten Strafanzeige, die allerdings wegen Verjährung nicht weiter verfolgt werden konnte. Das Bistum fühlt sich zudem für die mutmaßlichen Täter kirchenrechtlich nicht zuständig. Nach seinen Aufklärungsbemühungen bekam Pfarrer Ittmann neben Droh-

**„Die Umstände des Missbrauchs sind ungeheuerlich und beschmutzen die Kirche.“**

**Klaus Gorges**  
Pfarrer im saarländischen Köllerbach

riefen auch einen Sack mit Tierkadavern vor die Haustür und tote Fledermäuse in den Weihwasserkrug seiner Kirche gelegt. Ackermanns Personalchef habe ihn angewiesen, sich still zu verhalten und den Missbrauchsfällen nicht nachzugehen, so Ittmann. Das Bistum wollte sich zu dem Vorwurf nicht äußern. Das Generalvikariat schrieb Ittmann, Veröffentlichungen des Pfarrers müssten vorher abgezeichnet werden. Ittmann: „Ich kann nicht fassen, dass dies die Reaktion des Bistums auf einen Missbrauchsverdacht ist.“ Einige der mutmaßlichen Täter sind in der Diözese noch aktiv.